

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Kontinuität in Neuenbürg
Nr. 431. Durch die Post
amtlich, sowie in sonstigen
Abgabestellen Bestelln. 1.00
mit Postzuschlag.
Die Hefen von höherer Prei-
se, durch die jede Kolonial-
unter welchen Bedingungen
is sei der Abbruch der
getroffenen Abmachungen
angesichts dieses Beschlusses
teral Deputierte die
bewegungen angeordnet
nen habe, um ihre
Dortmund vorgebe-
im Ruhrgebiet eine
el und ein Mangel
er Ankauf der
ne sinnlose Verschwen-
heiten Ordnung be-
er französischen Trup-
den Hefen die Bort-
Datteln vor, im
Werden über Kupfer-
stungen und Man-
die Datteln-Plan-
ritte Devisen, die
k von Gerresheim
rath, Neffes, Velt-
Kavallerie- und
ht.
ate mittig von den
12 Uhr der Bahnhof
des gekommenen
der Einzug weiterer
das Telegraphenamt
Dorfsteil sind zwei
Kesseln. Der Ort
n einer Abteilung
ienlieferungen.
en Besprechungen
der französischen
das Verbot des
oblen an Frankreich
t wurde keine Verein-
dass die Ingenieure
ritte, die Kohlenliefe-
öhte Auswahl in
n Klapp-Sport-
sch bis hochstien.
el, Anheft-
und Lederwaren
hrung laufen Sie
ss, Pforzhei-
strasse und Baas-
enzüchtervere-
rg.
n 28. Januar
ag mit Verlo-
den von den Mit-
bei Vorstand
Der Aussch-
r g.
Age! Acht-
ag, den 19. Januar
Posten
nntes
Haar.
um 1 Mark.
h, Freizeits-
u che
Converts, Profpe-
arien, Zahltag-
ne, Visti-, Verlob-
rbriefe, Trauer-
Mittlungen. . . .
preiswert bedient
in allen Arten von
achen

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile ab
deren Raum 1. Blatt 25.-
außerhalb des 40.-
einschl. Inrentensteuer.
Kollektionspreis 100 Pro-
Zahlung. Cherie u. Aus-
teilung 20 Bl. Re-
kume-Zelle 100.-
Bei größeren Aufträgen ent-
sprechender Rabatt, der im
Falle des Wiederkehrens
hinzuw. wird, ebenso wenn
Zahlung nicht innerhalb
4 Wochen nach Rechnungs-
datum erfolgt.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge
wird keinerlei Gebühr über-
nommen.

Nr. 13. Neuenbürg, Mittwoch, den 17. Januar 1923. 81. Jahrgang.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 16. Jan. Die Franzosen haben die für Frankfurt a. M. bestimmten Kohlenlätze, die gegenwärtig auf dem Rhein schwimmen, beschlagnahmt, so daß die Gas- und Elektrizitätsversorgung gefährdet ist, wenn es nicht in wenigen Tagen gelingt, auf dem Eisenbahnwege aus dem Ruhrgebiet oder aus dem mitteldeutschen Kohlensgebiet Brennstoffe herbeizuschaffen.

Köln, 15. Jan. Die heutige Kundgebung verlief ohne Zwischenfall. Um 11 Uhr kündigte allgemeines Glockengeläute den Beginn der halbständigen Arbeit an. Am Dom stand eine zahlreiche Menschenmenge barhäuptig und verharrete einige Minuten in tiefer Stille. Die Behörden, die Baros, Fabriken usw. waren geschlossen. Die Geschäfte hatten die Fensterscheiben heruntergelassen oder die Auslässe abgedeckt. Jeder Verkehr stand völlig still. In größeren Werken wurden einzelne Feiern abgehalten. Glockengeläute und Sirenen kündigten um 1/2 12 Uhr das Ende der würdig verlaufenen Kundgebung an.

Offen, 15. Jan. Die bereits gemeldeten Vorkämpfabteilungen der Franzosen werden nunmehr rasch durchgeführt. Die französischen Kolonnen fliehen im Laufe des heutigen Tages durch das ganze Industriegebiet bis an die Tore Dortmunds. Die Bürgermeister der besetzten Ortschaften traten sämtlich den fremden Eindringlingen mit ruhiger Würde entgegen und legten schärfsten Protest gegen die widerrechtliche Besetzung ein. In Bochum soll nach der Ankündigung des französischen Generals ein Regiment untergebracht werden.

Berlin, 15. Jan. Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschloß heute über die Erhöhung der Beamtenbezüge in der Form der Feststellung eines neuen Rahmtrags zum Reichshausplan für 1923. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Teuerung wurde die Erhöhung des projektualen Teuerungszuwachses um 69 auf 301 Prozent vom 1. Januar ab mit weiteren 68 auf 369 Prozent vom 17. Januar ab bewilligt. Der Teuerungszuwachs wurde auf monatlich 5000 Mark erhöht. Seitens der Regierung wurde erklärt, daß die erforderlichen Geldmittel zunächst durch eine weitere Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse im Wege der Veräußerung von Schatzanweisungen beschafft werden müssen. Der Ausschuß befragte heute auch die Erhöhung der Teuerungszuschüsse und die Einkommensgrenzen im Gesetz über Teuerungsmassnahmen für Militärrentner.

Berlin, 16. Jan. Der Zusammenstoß in Bochum, wo französische Soldaten junge Leute wegen des Singens nationaler Lieder mit Salven begrüßt haben, bringt selbst das Blut des „Barnatts“ in Wallung. Das sozialdemokratische Zentralorgan schreibt: „Das französische Militär hat kein Recht, sich im Ruhrgebiet anzuhalten und dort Menschen zu erschlagen. Das verlogene Blut kommt auf die Haupter der französischen Vorkämpfer.“ Das Blatt richtet schließlich an die ganze zivilisierte Welt die Frage, wie lange sie noch ruhig dem zusehen will, was jetzt im Ruhrgebiet geschieht.

Berlin, 16. Jan. Dem Reichstag ist eine Denkschrift der Regierung über die Ausschreitungen der Besatzungstruppen im Rheinland zugegangen, die 65 Mordtaten, 65 Mißhandlungen und Ueberfälle, sowie 170 Sittlichkeitsverbrechen umfaßt. Der hiesig Jähren hat die Amerikanerin Henriette Beecher-Stowe mit ihrem Buch „Daniel Tombs Hütte“ eine Welt gegen das entflammt, was Weiße an Regern verüben. Wo ist die Feinde-Stowe von heute, die das Fiktionelle schildert, das Vöter im Rheinland an weissen Frauen begehen?

Berlin, 16. Jan. Der Reichstagsuntersuchungsausschuß für die Reichswehr hatte in seiner letzten Sitzung den Generalmajor v. D. von Schönach aufgefodert, für seine Behauptungen, daß in der Reichswehr kein Republikaner als Offizier möglich ist, den Beweis zu erbringen. In seiner gestrigen Sitzung lag dem Ausschuß eine Denkschrift des Generalmajors von Schönach vor. Diese Denkschrift enthielt aber die geforderten Beweise nicht. Der Ausschuß beschloß daher nunmehr, den Generalmajor von Schönach vier konkrete Fragen vorzulegen, ob er denn für die Behauptungen seiner Behauptungen Beweise vorlegen könne. Der wichtigste Punkt dieser Fragen ist, inwieweit sich Reichswehroffiziere dem Ehrengericht der Regimenter oder dem Deutschen Offiziersbund unterwerfen haben, was doch eigentlich unzulässig sein dürfte.

Wien, 16. Jan. Wien will bei der Vorkämpferkonferenz die Angliederung von Wien beantragen.

Die bayerischen Bauern gegen die Nationalsozialisten.
München, 15. Jan. Der christliche Bauernverein Bayerns wendet sich gegen das politische und wirtschaftliche Programm der Nationalsozialisten und lehnt es ebenso ab, wie das religiöse und kulturpolitische Programm dieser neuen Bewegung. Die christlichen Bauern Bayerns erklären, daß, wenn der Nationalsozialismus eine schrankenlose Diktatur aufrichten will, die bayerische Landwirtschaft sich dem gegenüber zu wehren wissen wird.

Streikverbot im besetzten Gebiet.
Berlin, 16. Jan. Nach einer Meldung aus Offen hat General Hornier, der Kommandeur der 128. Division, eine neue Verordnung erlassen, wonach die deutsche Polizei und die deutschen Militärpersonen in der unbesetzten Zone nicht das

Recht haben, die besetzte Zone zu betreten.

In öffentlichen Versammlungen darf indes den Militärpersonen der Besatzungsarmee der Zutritt nicht verweigert werden. Anträge auf Genehmigung öffentlicher Versammlungen sind spätestens fünf Tage vorher anzumelden. Alle Waffen sind abzuliefern mit Ausnahme solcher von Pächter- und Jagdwaffen. Streiks in den Betrieben, welche für die Sicherheit und den Unterhalt der Besatzungsarmee in Frage kommen, sind untersagt.

Die Verweigerung der Kohlenlieferung durch die Jechen.

Berlin, 16. Jan. Ueber den Abbruch der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Jechen und der französischen Kommission wird aus Offen hiesigen Blättern noch einiges gemeldet. Zunächst wurde von den Vertretern der Jechen das inzwischen eingetretene Verbot des Reichskohlenkommissars vorgelegt. Darauf erklärte der stellvertretende Vorsitzende der französischen Kommission Kron, daß nunmehr ein Befehl an die Jechen ergehen werde, die Lieferungen aufzunehmen und fragte Herrn Thyssen, welche Stellung er dazu nehme. Herr Thyssen erklärte darauf, auch im Namen der anderen Herren, daß er sich nur beiheilen könne auf die mündliche und schriftliche Erklärung, die er am Samstag abgegeben hätte und die kurz dahin zusammen zu fassen wäre, daß die Deutschen noch wie vor auf dem Standpunkt stehen, nur den deutschen Gesetzen unterworfen zu sein. Darauf wurde den einzelnen Herren ein schriftlicher Befehl in französischer Sprache zugestellt, in welcher Namen und Adresse eines jeden ausgefüllt waren. In diesem Schriftstück befiehlt der Präsident der Kontrollkommission, daß die Kohlen- und Kokslieferungen an die verbundenen Länder sofort aufzunehmen seien, unter den Bedingungen, wie sie früher festgelegt waren. Auf eine Frage des Herrn Kron, ob die Herren den Befehl ausführen würden, erklärte Herr Thyssen, er würde nur die Befehle des deutschen Reichskohlenkommissars befolgen. Darauf wurde die Sitzung von Kron geschlossen.

Der Gewerkschaftsring zur Ruhrbesetzung.

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände (Dürsch-Danker) erklärt anlässlich der Lage einen Aufruf, in dem gesagt ist: „Der französische Herrschaftswahnsinn bedroht den Frieden der Welt und die Sicherheit und Wohlfahrt Europas. Die ersten Opfer dieser Gewaltpolitik sind die Arbeitnehmer. Am schwersten zu leiden haben die von der Gewalt unmittelbar erfassten deutschen Volksgenossen. Ihnen gilt unser Gruß und die Versicherung unwandelter Treue und Unterstützung und Opferbereitschaft. Bleibt einig und treu, damit durch unsere durch Einigkeit und Geschlossenheit getragenen Protest die Gewaltpolitik Frankreichs zu schanden gemacht wird. Wir stellen uns hinter die Regierung und sind gewillt, sie in allen Maßnahmen zu unterstützen, die sie zum Schutze von Freiheit und Recht trifft.“ Außerdem hat der Hauptvorstand des Gewerkschaftsringes an die befreundeten Gewerkschaften des Auslandes einen Appell gerichtet, aus Gründen der Gerechtigkeit in ihrem Lande die Aktion der deutschen Gewerkschaften gegen französischen Imperialismus zu unterstützen.

Geplante Einführung eines neuen Zahlungsmittels im Ruhrgebiet.

Berlin, 16. Jan. An französischer amtlicher Stelle, mit der der Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ nach wie vor in mündlichen und voraussetzungsfreien Verkehr pflegt, wurde ihm gestern abend bestätigt, daß die Gründung eines autonomen Kohlenzweckbank und die Schaffung eines eigenen Zahlungsmittels für das Ruhrgebiet geplant würde. Die Gewerkschaften Frankreichs oder scheinen einzuweisen sich nicht rühren zu wollen. Nach einer Londoner Drahtung der „Vossischen Zeitung“ will die englische Regierung einstweilen fortfahren, gegenüber der Aktion Frankreichs wohlwollende Neutralität zu bewahren. Nur wenn die Franzosen die Besetzung weit über den ursprünglichen Plan ausdehnen, würde die englische Regierung die Lage einer neuen Prüfung unterziehen. Mehrfach lauten die Meldungen, die über die Haltung Amerikas aus New-York kommen. Mit einem direkten Eingreifen Amerikas in der Frage der Ruhrbesetzung, so dröhrt man der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, sei nicht zu rechnen. Unbestätigt davon bleiben die Versuche, die gesamte Reparationsfrage einer vernünftigen Regelung zuzuführen. In Wall-Street prophezeit man dem französischen Vorgehen im Ruhrgebiet einen höheren Misserfolg. Inzwischen hat der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in London, Harvey, der zur Berichterstattung in Washington freit, vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärt, die Ruhrinvasion werde einen unbilligen Ausgang für Frankreich und ganz Europa nehmen. Den lebenden Dritten spielt anscheinend Sowjet-Rußland. Die „Pravda“ erklärt in einem Leitartikel, Europa stehe mit der Besetzung des Ruhrgebietes, mit der Vorbereitung Griechenlands zu einem neuen Angriff auf die Türkei und mit dem libanesischen Vorstoß auf Syrien sicherlich vor einem großen Krieg. Gleichzeitig werden Proklamationen an die Arbeiter, Bauern und Soldaten verbreitet, die darauf hindeuten, daß der Volkswille sich infolge der Unruhe, die durch das Vorgehen im Ruhrgebiet entstehen könnten, Hoffnungen auf eine Weltrevolution mache.

Ausland.

Die Ruhrbesetzung ein Erfolg oder ein „beträubliches Abenteuer“.

Paris, 16. Jan. Die „Ere Nouvelle“ erklärte es für falsch, daß zwischen der Ausdehnung des französischen Vorgehens und der Frage der Kohlenlieferungen ein unmittelbarer Zusammenhang bestehe. Das Blatt erklärt, die Anwesenheit von Soldaten und die Erklärung des Belagerungszustandes komplizieren zweifelslos die Dinge und trügen dazu bei, die Diskussion in ihren Hauptteilen zu verfälschen. Der Erfolg oder der Fehlschlag der Ruhrbesetzung sei davon abhängig, ob das französische Finanz- und Wirtschaftssystem der Lage angepaßt werde, die durch natürliche und künstliche Ursachen zu einer deutbar heißen gemacht wurde. Die künstlichen Ursachen seien der deutsche Mangel an gutem Willen und die zweideutige Haltung der mächtigen deutschen Kapitalisten, die natürlichen Ursachen der Reaktion der Arbeiter und die selbstverständliche Unerschlichkeit der französischen Techniker, sowie die Währungsfrage. Je nachdem, ob Frankreich den Sinn derartiger Schwierigkeiten erfasse oder nicht, werde die Ruhrpolitik bedeutende Ergebnisse zeitigen oder in einem betrüblichen Abenteuer untergehen.

Englands Gründe für seine abwartende Haltung.

London, 15. Jan. Das dem Premier Bonar Law nahe-
stehende Blatt „Daily Express“ teilt heute mit, daß die abwartende Haltung der britischen Regierung durch drei Faktoren bestimmt werde. 1. Die Verhandlungen Stanley Baldwin in Washington über die angloamerikanische Schuldregelung. 2. Die ersten praktischen Ergebnisse der französischen Ruhr-Invasion; 3. Die Besprechungen des Lord Derby in Paris mit Poincare und einigen hervorragenden amerikanischen Persönlichkeiten. Wenn sich die Washingtoner Verhandlungen ausföhrlicher gestalten sollten, so wäre auch eine intime Verständigung zwischen England und den Vereinigten Staaten in der Behandlung der Reparationsfrage zu gewärtigen; das britische Kabinett würde dann die noch nicht erfolgten Entscheidungen über die englische Vertretung in der Wiedergutmachungskommission und in den anderen internationalen Kommissionen treffen; die Zurückziehung der englischen Besatzung läme dann auf Tapet. Innerhalb mühte das Kabinett wichtige Entscheidungen treffen, falls die Pariser Regierung stärkere militärische Kräfte im Ruhrgebiet konzentrieren würde. Mit dem jetzigen französischen Deeresaufwand erklärte sich das englische Kabinett nicht einverstanden, unterließ es jedoch, im Hinblick auf die Verhandlungen mit Amerika, schon jetzt den Bruch mit Frankreich zu vollziehen. Es sei ja noch möglich, daß durch Vermittlung Englands das Projekt Harding die Zustimmung Frankreichs finden könnte. Nach dieser Richtung streben auch die Besprechungen Derbys in Paris. Innerhalb zehn Tagen, so meint „Daily Express“, wird sich haben und dräuen die Situation so klären, daß das englische Kabinett seine endgültigen Beschlüsse wird treffen können.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 17. Jan. Ein Dollarstand am gestrigen Dienstag von rund 16500 Mark hat die Preise rasend emporzuschellen lassen: Die Fleischpreise haben eine weitere Steigerung erfahren, Mehl ist auf 82000 Mk. der Doppelzentner gestiegen, auch die Margarinepreise blieben nicht zurück, ihnen folgen die Preise aller zum Leben notwendigen Bedürfnisse. Deutschland vor dem Zusammenbruch! Daran schuld trägt in erster Linie der alte Erbfeind Frankreich durch den gewaltigen Einbruch in das Ruhrgebiet. Die Regierung nicht nur dort, sondern auch im ganzen Reich ist auf die Sieche hie gestiegen. Wie soll das noch enden? Der Wunsch eines Clemenceaus, daß 20 Millionen Deutsche zu viel seien, dürfte bald sich erfüllt haben. Erfüllt aber auch die Unmöglichkeit, daß Frankreich auf diese Weise zu seinem Gelde kommt. Und dennoch trotz allen Ungemachs und aller Not darf Deutschland nicht mehr nachgeben; es muß fest bleiben und den Kampf, den wir als Kampf um unsere Freiheit und unsere Existenz führen, mit Energie und Zähigkeit selbst unter schwersten Opfern durchkämpfen. Die deutsche Regierung bleibt fest im Vertrauen auf das gesamte deutsche Volk. Wie zuletzt im Kriege, so ist auch heute Deutschland auf sich selbst angewiesen. Alle die immer wieder gezeigten Hoffnungen auf England, Amerika und die Neutralen wie auf die internationalen Arbeiterverbände und Sozialisten zerfliehen in ein Nichts. Wir müssen uns endlich aus dem Bahn befreien, daß uns von dieser Seite keine Hilfe kommt und unsere Hoffnung auf uns selbst setzen. Die neuesten Berichte zeigen, daß wir von dieser Seite nichts zu erwarten haben. Die Demonstrationen und Sympathiekundgebungen ausländischer Verbände sind ja gewiß gut gemeint, sie prallen aber machtlos ab an dem französischen Imperialismus. Helfen können wir uns nur durch die geschlossene Einheitsfront unter Zurückstellung des zersehenden Parteihaders. Wer das nicht glaubt, verdient nicht ernst genommen zu werden.



den bisherigen Meldungen entnehmen mußte. Nämlich nach abschließlicher. Es hat sich um deutsche Arbeiter gehandelt, die von der Arbeit kommend, „Deutschland über alles“ und andere Slogans sangen und sich in solcher Freiheit von der französischen Soldateska nicht ablenken lassen wollten. Darauf sind sie dann niedergeschlagen worden. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht festgelegt worden. Jedenfalls ist ein 17jähriger Arbeiter, Angehöriger der Vereinigten Sozialdemokratie, getötet und eine ältere Frau durch Bauchschuß lebensgefährlich verletzt worden. Die anderen Verletzungen sind weniger schwer. In Ergänzung unserer Angaben aus der Denkschrift über die Untaten und Vergehen im besetzten Gebiet wird uns noch berichtet, daß neuerdings von den Franzosen täglich so erhebliche Milchlieferungen verlangt werden, daß von der eingeborenen Bevölkerung nur noch die ein- und zweijährigen Kinder versorgt werden können. Sogar für die französischen und wallonischen Gendarmen wird Milch verlangt. Infolge der Vorkänge in Bochum ist die Erregung der Bevölkerung außerordentlich gestiegen. Durch die Strafen zogen vornehmlich große Massen. Mit Empörung wird überall von der gestrigen Bluttat gesprochen. Auch in Duer machte sich die Erregung über die Besetzung in Demonstrationen Luft. Stundenlang durchzogen die Massen singend die Straßen. Der französische Kommandeur erließ jetzt eine Verordnung von unerhörter Schärfe: Ansammlungen auf der Straße werden nicht geduldet. Demandsforderungen durch Singen irgendwelcher Slogans sind nicht gestattet. Auf Anruf hat jeder sofort stehen zu bleiben. Wird nicht sofort bei „Halt“ stillgestanden, dann erfolgt der Gebrauch der Schusswaffe. Unterdessen befinden sich neue Truppenmassen aus Düsseldorf im Anmarsch.

Androhung weiterer Gewaltmaßnahmen.

Berlin, 16. Jan. Die heutige Sitzung in Düsseldorf verlief sehr kurz. General Simons verkündete im Auftrag des Generals Degoutte den deutschen Vertretern, daß morgen früh die Kohlenlieferungen aufgenommen werden müßten. Gegen die Weigerung der deutschen Regierung sei als erste Sanktion die Besetzung Dortmunds erfolgt. Beharre die Regierung auf ihrem Widerstand, so würden weitere Sanktionen folgen. Die deutschen Vertreter erklärten sich außerhande, von sich aus eine Erwidderung darauf zu geben. Somit hatte die Sitzung ein Ende.

Düsseldorf, 17. Jan. Fritz Thibben wurde gestern mittig vor den Generalstab des Bräudensprez Düsseldorf geladen. Im Auftrag des Generals Degoutte erklärte General Simon ihm und den mit ihm geladenen Herren, Generaldirektor Reiten, Bergoffessor Runge und Direktor Wägenhöfer, daß sie, wenn sie bei ihrer abnehmenden Haltung blieben, von jetzt an unter gerichtlichem Beschluß stehen würden. Sämtliche Herren erklärten auf Befragen, daß sie auf ihrem bisherigen Standpunkt verharren müßten.

Beschlagnahme der Steinkohlenvorräte in Berlin.

Berlin, 16. Jan. Mit Rücksicht auf die Lage im Ruhrgebiet und die Gefährdung unserer Steinkohlenversorgung hat die Kohlenwirtschaftsstelle heute beschlossen, die Beschlagnahme der gesamten Steinkohlen zu verfügen, die sich zurzeit im Besitz des Berliner Groß- und Kleinhandels befinden. Steinkohlen dürfen bis auf weiteres nicht gehandelt und nicht verkauft werden. Die Abgabe darf nur auf besondere Anweisung des Kohlenamts Berlin erfolgen. Die beschlagnahmten Steinkohlenvorräte werden zur Versorgung der öffentlichen Betriebe,

der hädtischen Werke, Krankenhäuser und Wohlfahrtsanstalten usw. verwandt werden. Hotel- und Restaurationsbetriebe können auf Antrag verfügbare Mengen erhalten.

Strafandrohungen an die Zechenbesitzer.

Berlin, 16. Jan. Ueber die gestrige Konferenz im Quab d'Orsay liegen Pariser Meldungen vor, aus denen sich ergibt, daß Poincare gegen die Zechen, die sich den Anordnungen der militärischen Nachhaber in Essen nicht gefügt haben, die strengsten Repressalien anzuwenden gedenkt. Es wird damit gedroht, die Zechenbesitzer vor ein Kriegsgericht zu stellen und hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Geiseln festzunehmen. Jede Arbeitseinstellung oder sonstige Sabotage soll unmissverständlich bestraft werden. Es sind bereits von dem Reichsdirektor Bogat Maßnahmen ergriffen worden, um das laufende Material im Ruhrgebiet zurückzubehalten. Pressvertretern gegenüber bestätigte Poincare, daß der französische Kohlenkommissar Coste ermächtigt sei, eventuell zur Requisition der Reparationskohlen zu schreiten. Man würde dabei so verfahren, wie die deutsche Heeresverwaltung im besetzten Belgien und Nordfrankreich vorgegangen sei. Die Zahlung der Löhne sei Sache der deutschen Regierung. Für die Löhnung der Bergleute werde sobald als möglich ein besonderes Zahlungsmittel geschaffen werden.

Feste Haltung der Regierung und der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsregierung beschloß heute, ebenso wie in den letzten Tagen auch gestern in einer Kabinettsitzung mit der augenblicklichen Lage. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt, daß die Reichsregierung auch bei einem etwaigen weiteren Vorgehen der Franzosen sich von ihrer bisherigen festen Haltung nicht abbringen lassen und insbesondere unter dem Druck Frankreichs und Belgiens mit diesen Staaten nicht verhandeln werde.

Essen, 17. Jan. Gestern wollte eine Kommission von französischen Offizieren die Zechen Sälzer-Reusch im Norden von Essen besichtigen. Der Betriebsrat erklärte, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen würden. Sie wollten nicht unter Bajonetten arbeiten. Die französischen Offiziere verließen darauf die Zechen.

Keine Reizung der Neutralen zur Intervention beim Völkerverbund.

Basel, 16. Jan. Auf die Eingabe der schweizerischen sozialdemokratischen Partei an den Bundesrat, er möge wegen der Ruhrbesetzung intervenieren, besagt eine Berner Meldung der „Baseler Nationalzeitung“, daß der Bundesrat die Eingabe als nicht ernst zu nehmend bezeichnet habe und daß sie voller Widerwille sei. Damit dürfte die Eingabe also erfolglos sein. Zum Plan einer Intervention der Neutralen sagt die „Neue Zürcher Zeitung“, eine Intervention der Neutralen müßte wohl ein entsprechender Wunsch von deutscher Seite zugrunde liegen. Davon hat man aber bis jetzt nichts gehört. Auch die schwedische sozialistische Partei hat den Gedanken einer Intervention ventiliert. Es scheint nicht, daß man hier für in Schweden sich begeistern kann.

Die Beschlüsse der Reparationskommission.

Paris, 16. Jan. Der Beschluß der Reparationskommission, der in der heutigen Sitzung gefaßt wurde, ist in folgendem Protokoll niedergelegt worden: Die Kommission ist heute um 11 Uhr unter dem Vorsitz von Barthou zusammengetreten und

hat mit 3 Stimmen unter Stimmenthaltung des englischen Delegierten folgenden Beschluß gefaßt: 1. Seit dem 12. Januar sind von Deutschland keine Kohlenlieferungen bewilligt worden. 2. Der Reichskommissar hat durch ein Schreiben die zuständigen französischen und belgischen Stellen offiziell mitgeteilt, daß die Reparationslieferungen sofort eingestellt werden. 3. Die deutsche Beschleferungskommission hat die zuständigen französischen und belgischen Stellen offiziell in Kenntnis gesetzt, daß sämtliche Lieferungen sowohl für Reparationen wie auch für Restitutionslieferungen eingestellt werden. Die Abfahrt von Viehhäufen nicht zugelassen wird, und daß schließlich seit dem 12. Januar zwei Klage mit Vieh und Viehhäufen von den deutschen Behörden auf der Fahrt aufgehalten worden sind. Dieser Stand der Dinge ist die vorzüglichste und schwerste Folge einer am 12. Januar von der deutschen Regierung den Regierungen von Frankreich und Belgien gemachten Mitteilung, deren Wortlaut von der deutschen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt worden ist. Unbetrachtet der aufgeführten Umstände beschloß die Reparationskommission, daß bei den Frankreich und Belgien zu sendenden Lieferungen seit dem 18. Januar zwei Verzeichnisse Deutschlands im Sinne des § 17 Absatz 11 Abschnitt 8 Vertrags von Versailles vorliegen hinsichtlich der Kohlen- und Viehlieferungen zu Reparations- bzw. Restitutionszwecken. Entsprechend dem § 17 des oben erwähnten Vertrags sind diese Verzeichnisse sofort den Regierungen von Frankreich, England, Italien und Belgien zur Kenntnis gebracht worden.

Mussolini mit Poincare solidarisch.

Rom, 16. Jan. Im Laufe des gestrigen Ministerrats hat Mussolini wichtige Erklärungen abgegeben, die sich zum Teil auch auf die Ruhrbesetzung bezogen. Nachdem er die Haltung der französischen Regierung und den französischen Plan zur Abwehr der Ruhrbesetzung erklärt hatte, erklärte Mussolini, Italien habe nur seine politische und technische Solidarität mit Frankreich ausgesprochen. Italien kann sich nicht isolieren, ohne einen sehr schweren Preis zu bezahlen. Andererseits kann es sich auch nicht gegen die Kontrolle des Ruhrgebietes sperren, da die Kohlenfrage für Italien von grundlegender Bedeutung ist. Die italienische Regierung so fuhr Mussolini fort, hat Frankreich geraten, sich auf unbedingt notwendige Maß der Besetzung des Ruhrgebietes zu beschränken und vor allen Dingen stets die Möglichkeit der Verhandlungen offen zu lassen. Eine solche Entente, die Frieden in Europa gewährleisten würde, müsse auch umbezüglichen England bewegen, daran teilzunehmen. Für Deutschland sei es ein sehr schwerer Fehler, so meinte Mussolini, den die Schwierigkeiten zu einem Zusammenarbeiten aus dem Wege zu räumen. Deutschland hat jetzt noch 14 Tage bis zum Verfalltag, um gegen jede Rechenschaft über die neu geschaffene Situation abzulegen. Es ist übrigens auch nicht unwahrscheinlich, daß in diesen 14 Tagen sich eine Annäherung Frankreichs an das italienische Neutralitätsprojekt bemerkbar machen wird, das seitens Italiens mit Angabe ihres jetzigen Allierierten auf der Londoner Konferenz vorgelegt wurde.

Kemal Pascha an die Mohammedaner.

Kemal Pascha hat in einem Aufruf die Mohammedaner aufgefordert, ihre Agitation gegen die englische Regierung einzustellen. Der Brief, der an den Präsidenten des Zentralrats der Kaifats gerichtet ist, schließt mit den Worten: „Unser Brief betrifft nicht nur die Geschicke der Türkei, sondern er wird alle unterdrückten Völker ermutigen, sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben, die ihre Existenz und Unabhängigkeit bedrohen und einschränken.“ (Gilt auch für Deutschland. Schluß)

Bezugnehmend auf den Artikel in der Nummer 13 des „Oberamtsblattes“ vom 12. d. M., in dem die von der französischen Regierung angekündigte Besetzung der Ruhr besprochen wird, ist zu bemerken, daß die deutsche Regierung sich gegen diese Maßnahme entschieden hat.

Die Besetzung der Ruhr ist ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und wird von der deutschen Bevölkerung mit großer Empörung aufgenommen.

Die deutsche Regierung wird die Besetzung der Ruhr mit allen Mitteln verhindern und die französische Regierung zur Einhaltung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages zwingen.

Ne. 14.

Deutschland

Berlin, 17. Jan. Der fächliche Betrag des Reparationsbetrags ab. Admiral Scheer über den französischen Gegenstand geradezu hoch vor vielen Tausenden ist. Admiral Scheer vertritt die Ansicht, daß die Welt zurückgewinnbar ist und daß die deutsche Bevölkerung das deutsche Volk kann und will. Die deutsche Regierung ist entschlossen, die Welt zurückzugewinnen, da wir uns nach mit anderen Völkern nicht vergleichen lassen. Die deutsche Regierung ist entschlossen, die Welt zurückzugewinnen, da wir uns nach mit anderen Völkern nicht vergleichen lassen.

Singen im besetzten Gebiet ein Verbrechen.

Essen, 17. Jan. Der französische Besatzungsbeamte hat durch Maueranschlag bekannt gemacht, daß das Singen im besetzten Gebiet ein Verbrechen ist. Die Besatzungsbeamten sind entschlossen, alle diejenigen zu bestrafen, die sich an diesem Verbrechen beteiligen.

Genur über die Vorkämpfer.

Essen, 16. Jan. Ueber die Vorkämpfer der deutschen Arbeiterbewegung hat die französische Regierung ein Verbot erlassen. Die Vorkämpfer sind verpflichtet, sich von jeder Agitation gegen die französische Regierung zu enthalten.

Hindenburg zum Franzosen.

Am Sonntag 10. in Hannover hat Hindenburg zum Franzosen gesprochen. Er hat die Franzosen als Völkerfeinde bezeichnet und die deutsche Bevölkerung aufgefordert, sich gegen sie zu erheben. Er hat die deutsche Regierung aufgefordert, die Besetzung der Ruhr zu verhindern.

Sitzung des Reichstages.

Berlin, 16. Jan. Vor Eintritt in die Sitzung des Reichstages hat der Reichspräsident eine Rede gehalten. Er hat die Besetzung der Ruhr als Verstoß gegen die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages bezeichnet und die deutsche Regierung aufgefordert, die Besetzung der Ruhr zu verhindern.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Aufruf.

Unsere Mitbürger, welche infolge Alters und Krankheit nicht mehr erwerbsfähig sind, leiden Not. Dieser kann durch behördliche Maßnahmen allein nicht genügend gesteuert werden. Es ist fällige Pflicht und muß Ehrensache aller erwerbsfähigen Kreise sein, zur Vinderung der Not beizutragen. Wohl ist schon manches geschehen, aber es reicht bei der wachsenden Teuerung nicht aus. Ich richte nun an alle erwerbsfähigen Kreise der Einwohnerschaft das Ersuchen, die

Sammlung „Heimatnot“

fortlaufend kräftig zu unterstützen. Die Herren Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Betriebsräte, die Organisationen der Gewerbetreibenden und Beamten ersuche ich so rasch als möglich Stellung in der Richtung zu nehmen durch Leistung von Ueberstunden, Ablieferung eines Gehaltsteils oder bestimmte Beiträge, die dem Arbeitsverdienst von Ueberstunden entsprechen, erhebliche Mittel flüssig zu machen. Je größer die Not und die Bedrängnis, umso geschlossener müssen wir ihr entgegentreten und die hauptsächlich davon betroffenen Volksgenossen stützen. Zustimmungsausschreibungen erbeten.

Im Auftrag des Gemeinderats:
Stadtschulbeis Knodel.

Oberlengenhardt.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 20. Januar 1923

stattfindenden

kirchlichen Trauung

freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies statt besonderer Einladung annehmen zu wollen.

Jakob Mühle,
Barbara Mühle, geb. Krafi.

Kirchgang 12 Uhr in Schömberg.

Neuenbürg.

Im Schneidern

von Mäntel, Kleider, Blusen Röcken

inner- und außerhalb des Hauses empfiehlt sich

Julie Heinzelmann, Brunnenstr. 174.

Felle!

Zohle enorme Preise für Felle aller Art. Stallhofen-Felle nach Größe bis 150. und mehr. Legen Sie mir Ihre Felle vor. Adresse ausschneiden.

G. Maischhofer,
Tierpräparation,
Vorhelm, Lindenstraße 52

Birkenfeld.

Zwei

Ziegen, 

reifarbig, junge, eine trächtig, ein

Läuserschwein

verkauft

Bester, Gärtner,
b. d. Sonne.

Neuenbürg.

Habe einen

Ueberzieher

für größere Figur zu verkaufen

Rudolf Stähler,
Krankenhaus.

Feldrennach.

Habe 100 Zentner

Haber,

erstklassig, ebenso 100 Ztr.

Gerste

abzugeben.

Wilhelm Fr. Mitschke.

Birkenfeld.

Zugelaufen

eine Fox-Terrier-Hündin, schwarz und weiß; abzuholen gegen Futtergeld und Einrückungsgebühr.

Karl Klein, Wöhrstr. 32.

Birkenfeld.

Ruhwagen,

10-12 Zentner Tragkraft, zu kaufen oder gegen schönen Weyger-Wagen zu vertauschen gesucht.

Offerte unter Nr. 28 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Die Gemeinde Spielberg Amt Ettingen verliert aus ihrem Gemeindegeld gegen Verzählung am Montag den 22. Januar 1923:

383 Bauftangen I. und II. Klasse, 333 Hopfenftangen I. bis IV. Klasse, 214 Redftecken I. und II. Kl., sowie 31 Bauftangen und 2210 Bohnenftecken.

Die Zusammenkunft ist **vormittags 9 Uhr** im Rathaus. Anzüge können bei Waldhäter Erb gehalten werden.

Spielberg, den 16. Januar 1923.
Rau, Bürgermeist.
Karcher, Ratschreiber.

Die

Gewerbebank Neuenbürg a. L.

s. G. m. b. H.

vergütet ab **1. Januar 1923** für

Spareinlagen 6 Proz. Zins

Für Beträge von mindestens **50 000 Mark**, welche uns auf bestimmte Zeit fest gegeben werden, können wir an Zins vergüten:

bei 3 Monate	7%
bei 6 Monate	8%
bei 9 Monate und länger	9%

Die kleinen Anzeigen

wie Verkäufe und Kaufsuche, Mietgesuche und Vermittlungen, Stellen-Angebote und Gesuche, Familien-Anzeigen jeglicher Art

erzielen weiteste Verbreitung und sicherste Wirkung durch Aufnahme im

„Enztäler“

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg